

Öffentliche Gesundheitsdienste

Public Health stärken

> Kirsten Kappert-Gonther

In unserem überwiegend auf Individualmedizin beruhenden Gesundheitssystem kommt dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) mit seinem Public Health-Ansatz eine wichtige Rolle zu. Die Pandemie führt uns eindrücklich vor Augen, dass Gesundheit kein rein individuelles Geschehen ist. Seit Monaten sind die Gesundheitsämter tagtäglich mit der Eindämmung des Coronavirus beschäftigt. Gerade die Kontaktnachverfolgung ist aufwändig und personalintensiv. Doch die Ämter sind vielerorts unterfinanziert, unterbesetzt und unzeitgemäß ausgestattet – eine Folge der Sparpolitik der letzten Jahrzehnte.

Zwar wird die defizitäre Lage der Ämter mittlerweile auch von der Kanzlerin anerkannt und Hilfe versprochen. Im „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sichert die Bundesregierung dem ÖGD insgesamt vier Milliarden Euro für Personal und moderne Strukturen zu. Profitieren sollen davon vor allem die örtlichen Gesundheitsämter. Doch die versprochenen Mittel kommen zu spät, sind zu gering und dürften vor Ort kaum eine nachhaltige Wirkung entfalten.

Mittel für zusätzliches Personal sollen erstmals Mitte 2021 ausgezahlt werden, die letzte Tranche erfolgt 2026. Das ist einerseits zu spät, um die akuten Herausforderungen im Zuge der Pandemie zu meistern; vorerst sollen es daher SoldatInnen und Personal aus der Bundesverwaltung richten. Eine wasserdichte Strategie sieht anders aus. Andererseits ist der zeitliche Förderrahmen zu kurz, um den Ämtern eine Zukunftsperspektive zu geben. Denn was passiert mit den

zusätzlichen Stellen, wenn die Bundesfinanzierung ausläuft?

Unklar ist auch, woher das zusätzliche Personal kommen soll. Solange nicht-ärztliches Personal nicht entscheidend aufgewertet und die amtsärztliche Vergütung verbessert wird, dürfte sich der „Run“ auf die Stellen im Rahmen halten. Das betrifft insbesondere einkommensschwache Regionen, denen die Besetzung von Stellen prinzipiell schwerer fällt, wo der Bedarf an zusätzlichem Personal aber am größten ist. Bund und Länder müssen sicherstellen, dass das Geld schnell dort ankommt, wo es wirklich benötigt wird.



Foto: Thomas Trutschel

Grundsätzlich bedarf der Öffentliche Gesundheitsdienst, insbesondere seine untersten Behörden, einer dauerhaften Stärkung. Die Mittel für den Dienst müssen, abgestimmt zwischen Bund und Ländern, auf mindestens ein Prozent der Gesamtausgaben für Gesundheit angehoben werden, das entspricht etwa vier Milliarden Euro – jährlich. Der Öffentliche Gesundheitsdienst der Zukunft soll so zu einem professionellen Netzwerk weiterentwickelt werden, das die öffentliche Sorge um die Gesundheit aller nachhaltig stärkt.

> Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB, ist Ärztin und Sprecherin für Gesundheitsförderung sowie für Drogenpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.